



Volksblatt

Grossauflage

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 265

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



FREIZEIT-EXTRA

Impressionen fremder Länder

Morgen findet die Vernissage der Erstaussstellung «Impressionen aus Lateinamerika» von Jon Ritter statt. **Seite 13**



KULTUR

Ein Mann mit Träumen

Walter Roths Bilder haben immer einen Schuss Ironie oder Humor. Ein Interview über «Waltis Nulltalent». **Seite 11**

TAGESCHAU

«Vaterland» will auch zur Südostschweiz

Der Konzentrationsprozess im Zeitungsbereich hält in der Region an. Der Rheintaler und die Ausgabe Rheintal-Werdenberg des St. Galler Tagblatts werden 1998 zusammengelegt. Liechtensteiner Vaterland, Sarganserländer und Werdenberger & Obertoggenburger prüfen eine Zusammenarbeit mit der Südostschweiz. Die drei Rheinquartett-Verleger und die Gasser-Gruppe seien übereingekommen, Arbeitsgruppen zu bilden und dabei operative Zusammenarbeitsmöglichkeiten in den Sparten Anzeigen, Redaktionen und Druck zu prüfen und entsprechende Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Das Liechtensteiner Volksblatt hat bereits im Oktober eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit auf dem Inserate-Sektor abgeschlossen. **Seite 3**

Verdacht wegen Insidergeschäften

Weil der Verdacht wegen Insidergeschäften besteht, hat die Überwachungsstelle der Schweizer Börse eine Untersuchung im Zusammenhang mit dem Liechtenstein Global Trust (LGT) eingeleitet. Der Verdacht drängte sich auf, weil vor der Ankündigung der LGT, die Asset Management abzustossen, eine ungewöhnlich hohe Zahl von LGT-Partizipationsscheinen umgesetzt worden waren. Die Verkaufsabsichten der LGT haben an der Schweizer Börse zu Reaktionen geführt. Seit der Ankündigung des beabsichtigten Verkaufs stiegen die Kurse um etwa 120 Fr. an.

Schweizer Opfer aus zwölf Kantonen

ZÜRICH: Die 35 Schweizer und der in der Schweiz wohnhaft gewesene Ausländer, die beim Terroranschlag in Luxor ums Leben kamen, stammen aus zwölf Kantonen. Wie die Zürcher Flughafendirektion bekanntgab, handelt es sich bei elf Opfern um Menschen, die im Kanton Zürich wohnhaft waren. Sieben Menschen stammten aus dem Kanton Bern. Bei drei Opfern handelt es sich um Menschen aus den Kantonen Luzern, St. Gallen und Zug. Aus dem Aargau und dem Baselbiet stammten je zwei Opfer, aus den Kantonen Neuenburg, Genf, Glarus, Basel-Stadt und Schwyz je ein Opfer. Die Sondermaschine mit den Särgen startete um 19.33 Uhr in Kairo. **Seite 24**



FBPL-DROGENVORSTÖSSE

Debatten über Drogensucht

Die Vorstellungen der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBPL) über Drogen- und Suchtbekämpfung standen im Mittelpunkt der gestrigen Landtagssitzung. Es ging um zehn FBPL-Vorstösse in Form von Initiativen, Motionen, Postulaten. Mit diesem Drogenkonzept für die Zukunft nahm sich die FBPL-Fraktion ganz konkret der Drogenproblematik in unserem Land an. Auf Anregung von Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter, unterstützt von der VU-Fraktion, war die später traktandierete Debatte über den Drogenbericht der Regierung vorgezogen worden. Im Gegensatz zu den FBPL-Vorstössen geht der Regierungsbericht nur allgemein auf die Drogenproblematik ein. Als Beilage heftete die Regierung das veraltete Drogenkonzept von 1991 bei. (Bild: vito)

VU gegen Informationen an die Opposition

Keine zusätzlichen Zahlen und Angaben über den Voranschlag 1998

Die Opposition forderte zum Budget 1998 zusätzliche Informationen von der Regierung, doch die VU-Landtagsfraktion verhielt sich gestern mit ihrer Mehrheit die Abgabe des «dicken Buches» an die Abgeordneten. Den beiden Oppositionsparteien drängte sich der Verdacht auf, dass die VU-Regierung gezielt Informationen zurückhalte.

Der eigentlichen Landtagssitzung ging gestern vormittag eine längere Debatte über die Informationspolitik der Regierung voraus, in deren Verlaufe sich deutliche Unterschiede zwischen Regierungspartei und Opposition zeigten. Der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert forderte die Regierung auf, das «dicke Buch» mit Detailinformationen

zum Voranschlag 1998 an die Abgeordneten weiterzugeben, wie das in den vergangenen vier Jahren jeweils der Fall gewesen ist.

Geheimniskrämerei

Bei seinem Antrag stützte er sich auf einen Landtagsbeschluss von 1993, als sich 23 Abgeordnete für die Herausgabe zusätzlicher Informationen in Form des der Regierung vorliegenden «dicken Buches» aussprachen. Vor der diesjährigen Budgetberatung teilte Regierungschef Mario Frick dem Landtag jedoch mit, dass diese Detailinformationen den Volksvertretern nicht mehr zur Verfügung gestellt würden. Auch ein Schreiben der FBPL-Fraktion zur Herausgabe dieser zusätzlichen Informationen brachte kein positives Ergebnis, weil sich der Regierungschef auf den Standpunkt stellte, der Landtagsbe-

schluss entbehre der notwendigen Grundlage. «Ich verurteile diese Geheimniskrämerei der Regierung», entrüstete sich der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert, «wenn sie nichts zu verstecken hat, so gibt es auch keinen Grund, diese Detailzahlen nicht zur Verfügung zu stellen.» Er fragte sich, ob die Opposition bewusst und gezielt von Informationen ausgeschlossen werde, nachdem die Verweigerung der Zusatzdaten zum Budget 1998 erstmals zu einem Zeitpunkt erfolgt, nachdem sich die Bürgerpartei in die Opposition begeben hat.

VU gegen «Dickes Buch»

In der anschliessenden Diskussion sprach sich auch FL-Sprecher Paul Vogt für die Herausgabe der Detailinformationen aus, während Regierungschef Mario Frick dagegen votierte. Landtagspräsident

Peter Wolff, der sich 1993 – wie die meisten VU-Abgeordneten – noch für eine bessere Dokumentierung des Landtags mit Detailzahlen ausgesprochen hatte, bewegte sich in der Debatte auf die Gegenseite. Sein Argument, dass die VU-Fraktion dieses «dicke Buch» praktisch nicht benützt habe, bewerteten die Sprecher von Bürgerpartei und Freier Liste als nicht massgebend. Der VU-Abgeordnete Karlheinz Ospelt schloss sich freiwillig von zusätzlichen Informationen aus: Ihm genügt das von der Regierung zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial.

«Wer noch nicht genug Informationen hat», bemerkte er, «kann die Regierungsmitglieder fragen.» Bei der Abstimmung über den Antrag Lampert zeigten sich die klaren Fronten: Während 1993 noch 23 Abgeordnete für das «dicke Buch» gestimmt hatten, blieben nur noch die 12 Stimmen der Bürgerpartei und der Freien Liste übrig. Günther Meier

REKLAME

DESIGN

VORBILD: ÜBER DEN TAG HINAUS

USM-HALLER

THONY

▲ WOHNEN ■ OFFICE

FL-9494 Schaan • Bahnhofstrasse 16
Tel.: 075/237 41 41 • Fax: 075/237 41 42

Aus für autofreie Sonntage

Motion der VU im Landtag knapp abgelehnt

In Liechtenstein wird es keine obligatorischen autofreien Sonntage geben. Der Landtag lehnte gestern abend eine Motion der VU-Fraktion zur Einführung von vier Sonntagen mit Fahrverbot ab. Die Motionäre waren der Ansicht, dass eine Lösung der Verkehrsprobleme ohne Einschränkung des Individualverkehrs nicht möglich sei. Gegen das von oben verordnete Fahrverbot sprachen sich vor allem FBPL-Abgeordnete aus. Für sie ist eine solche Massnahme heute fehl am Platz. Auch erfordere ein Fahrverbot eine Abstimmung mit den Nachbarn Schweiz und Österreich in der Region. (G.M.) Mehr darüber auf Seite 3.



REKLAME

latavola

restaurant

1. Stock, über Metzgerri Opelli Schaan

Gemeinsam den Abend geniessen

Öffnungszeiten:
10.00 Uhr-14.00 Uhr · 18.00 Uhr-23.00 Uhr
Sonntag/Montag geschlossen.
Tel: 075/232 58 67